

Investive Klimaschutzmaßnahme in der Gemeinde Müden (Aller) - Sanierung und Erweiterung der Straßenbeleuchtung auf LED- Technik - ist nun vollends beendet.

Die Gemeinde Müden (Aller) hat einen Zuwendungsbescheid des Projektträger Jülich (www.ptj.de/klimaschutzinitiative-kommunen), welcher im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit agiert, für die Sanierung der Straßenbeleuchtung auf LED-Technik erhalten.

Was bedeutet Nationaler Klimaschutzinitiative?

„Mit der Nationalen Klimaschutzinitiative initiiert und fördert das Bundesumweltministerium seit 2008 zahlreiche Projekte, die einen Beitrag zur Senkung der Treibhausgasemissionen leisten. Ihre Programme und Projekte decken ein breites Spektrum an Klimaschutzaktivitäten ab. Von der Entwicklung langfristiger Strategien bis hin zu konkreten Hilfestellungen und investiven Fördermaßnahmen. Diese Vielfalt ist Garant für gute Ideen. Die Nationale Klimaschutzinitiative trägt zu einer Verankerung des Klimaschutzes vor Ort bei. Von ihr profitieren Verbraucherinnen und Verbraucher ebenso wie Unternehmer, Kommunen oder Bildungseinrichtungen.“

Dank der Förderung des Bundesumweltministeriums konnte die Maßnahme erfolgreich zum Abschluss gebracht werden. Es wurden insgesamt 439 Leuchtenköpfe von Hochdruck – Quecksilberdampflampen und Natriumdampflampen auf LED- Technik umgerüstet. Weiterhin konnte das Straßenlaternennetz um 66 Leuchten ergänzt werden. Die demontierten Lampenköpfe wiesen Wattzahlen von 80, 120 und gar 250 auf. Durch die Umrüstung auf LED-Technik liegen die Wattzahlen der Lampenköpfe nun bei 14W für Pilzköpfe, 17W in Anliegerstraßen und 36W bei Hauptstraßen.

Im Verhältnis zur Altanlage werden somit Einsparungen von 84,95% hinsichtlich des Stromverbrauches und des CO₂-Ausstoßes erzielt.

Bei der Investition wurden zuwendungsfähigen Ausgaben in Höhe von rd. 124.000,00€ erbracht auf die es eine Förderung von 25% gab.

Gefördert durch:



Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz
und nukleare Sicherheit



NATIONALE
KLIMASCHUTZ
INITIATIVE

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages